

Knast-Unterhosen kosten extra

Amerika Sheriffs kassieren bei Häftlingen ab

Von Frank Brandmaier

■ **Washington.** Nicht nur in der Bundeskasse in Washington herrscht bedenkliche Ebbe, auch Amerikas Gefängnisbehörden sind seit Jahren mächtig klamm. Die Suche nach Einnahmequellen treibt mitunter sonderbare Blüten – und ruft Menschenrechtler wie auch Gerichte auf den Plan.

So sehr sorgt sich Sheriff Grady Judd um die Finanzen seines Gefängnisses, dass er Insassen jetzt auch an die Wäsche geht. „Das ist hier nicht das Hilton oder ein Wohlfahrtsprogramm“, meint der gestrenge Chef des Knastes von Polk County in Florida. Wer in seiner Anstalt künftig Unterwäsche will, soll auch dafür bezahlen. 45 000 Dollar, umgerechnet rund 31 500 Euro, will Judd damit pro Jahr sparen. „Das ist eine Stelle, das rettet jemandem den Job“, sagte er dem US-Fernsehsender Fox-News. Der Sheriff ist nicht allein: Im Kampf gegen klamme Kassen sind seine Kollegen landauf, landab gezwungen, Lösungen zu ersinnen, wie sie über die Runden kommen.

Im Landkreis Butler im US-Bundesstaat Ohio müssen Häftlinge jetzt auch wortwörtlich für ihre Missetaten zahlen – seit Anfang Juli kassiert der Sheriff dort eine „Empfangsgebühr“ von 20 Dollar von verurteilten Insassen. „Jede Einnahmequelle ist es wert, dass man sie ausschöpft“, sagte Vize-Sheriff Anthony Dwyer der Zeitung Cincinnati Enquirer. Im benachbarten Bezirk Hamilton läuft das Programm und spült den Angaben zufolge knapp 200 000 Dol-

lar pro Jahr in die Kasse. Vor zehn Jahren hatten die beiden Landkreise schon einmal einen ähnlichen Anlauf unternommen, dabei aber auch nicht verurteilten Insassen die Gebühr abverlangt – was verfassungswidrig war. Zu Strafen und Rückzahlungen von mehr als 1,2 Millionen Dollar wurden die Bezirke schließlich verdonnert. Jetzt halten sie sich an rechtskräftig abgeurteilte Häftlinge. Seit 2008 fordert der Sheriff von Hamilton County nunmehr 40 Dollar pro Kopf. Im Nachbarbezirk Warren sind die Behörden hellhörig geworden – und erwägen, nachzuziehen.

Kalifornischer Senator forderte Gebühr von 25 Dollar pro Hafttag

In Kalifornien mit seinen chronisch überfüllten Gefängnissen wollte der republikanische Senator Tom Harman noch einen Schritt weiter gehen und den Behörden per Gesetz erlauben, pro Hafttag bis zu 25 Dollar einzustreichen. „Überall in Kalifornien müssen die Menschen knausern, um über die Runden zu kommen – außer in unseren Gefängnissen“, meint der Politiker. „Kriminelle bekommen Logis, Gesundheitsversorgung, drei dicke Mahlzeiten am Tag und können mit Rabatt Waren und Leckereien kaufen.“ Doch Harmans Gesetzesinitiative schaffte es im April vorigen Jahres nicht einmal über den zuständigen Ausschuss hinaus.

Angesichts von Plänen für eine Kombination von „Empfangsgebühr“ und Tagespauschale im Bezirk Summit in Ohio platzte Anfang vergangenen Jahres der US-

Bürgerrechtsorganisation ACLU der Kragen. So etwas sind „antiquierte Ideen, die in Romane von Charles Dickens gehören“, witterte ACLU-Rechtsexperte James Hardiman. „Solche Strafgebühren sind nicht nur unfair und drakonisch, sie laufen auch Bemühungen entgegen, für Sicherheit zu sorgen“, meint er. Wer mit Hunderten von Dollar Schulden wieder in die Freiheit entlassen wird, hat geringere Chancen, sich wie-

der erfolgreich in die Gesellschaft einzugliedern. Hinzu kommt: Durch die Bürokratie, die fürs Einsammeln der Gebühren geschaffen werden müsste, macht sich das Programm wohl kaum bezahlt.

Sheriff von Bristol nahm 700 000 Dollar ein – mit Sträflingsabgaben

Befürworter überzeugen diese Argumente freilich nicht. Senator Harman nahm sich bei seinen Vorschlag für Kalifornien ein Pro-

gramm zum Vorbild, mit dem Sheriff Thomas Hodgson in Bezirk Bristol im US-Staat Massachusetts nach eigener Aussage zwischen 2002 und 2004 rund 700 000 Dollar einnahm. Eine Sammelklage von Häftlingen brachte das umstrittene Programm schließlich zu Fall. Als die kalifornische Initiative scheiterte, sah der Sheriff dies nur „als ein weiteres Beispiel, wie gesetzestreue Bürger ignoriert werden“. Wie es scheint, hat sein Kol-

lege Grady Judd aus Florida bislang mehr Glück mit seiner Idee, von Insassen für Unterwäsche Bargeld zu verlangen. Eine großzügige modische Auswahl gibt es derweil bei den „Knast-Dessous“ nicht. „Sie können jede Farbe haben, die sie wollen – solange es weiß ist“, meint der Sheriff. Und wer auf den Kauf verzichtet, „der kann sich ja den Wind das eine Hosenbein hinauf- und das andere wieder hinunterwehen lassen“.